



ALW Weiterstadt
Heinz-Ludwig Petri
Lindenstraße 45
64331 Weiterstadt
Tel. 06150-3158
hlpetri@alw-weiterstadt.de

SPD-Fraktion Weiterstadt
Heike Hofmann
Hauptstraße 40 d
64331 Weiterstadt
Tel. 06150-590224, 0171-9989224
heike-hofmann@gmx.de

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Herrn
Manfred Dittrich
Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt

Weiterstadt, den 24. Februar 2013

Antrag der Fraktion von SPD und ALW zur finanziellen Situation der Kommunen

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt in ihrer Verantwortung für die finanzielle Situation der Stadt fordert die Hessische Landesregierung und den Landtag des Landes Hessen, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen und die Landkreise ihren Aufträgen gemäß finanziell ausgestattet werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung verweist dazu insbesondere auf das in der Hessischen Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip.
3. Zur Sicherstellung der Finanzierung soll auch die Einführung einer Vermögenssteuer geprüft werden.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, sich in diesem Sinn gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen für ein rasches konzertiertes Handeln einzusetzen.

Begründung:

Die kommunale Selbstverwaltung mit entsprechender finanzieller Ausstattung wird durch Artikel 28 Grundgesetz und Artikel 137 Hessische Verfassung garantiert. Diese Selbstverwaltungsaufgabe ist seit Jahren in Gefahr, weil die Finanzmittel zur Erfüllung kommunaler Aufgaben nicht mehr ausreichen. Beispielhaft sei hier die Übertragung der Betreuung U3 mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ohne ausreichende finanzielle Ausstattung für die hierzu notwendigen Investitionen und die laufenden Kosten der Betreuung genannt.

Die Einführung einer Vermögenssteuer von z. B. 1% auf das Nettovermögen (nach Abzug aller Schulden) oberhalb eines Freibetrags von 500 000 Euro für einen Familienhaushalt, würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Das macht deutlich, dass die Vermögenssteuer einen substanziellen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Haushalte leisten könnte. Das Aufkommen der Vermögenssteuer würde ausschließlich den Bundesländern und Kommunen zufließen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Hofmann
(Fraktionsvorsitzende)

Heinz-Ludwig Petri
(Fraktionsvorsitzender)